Pränumerations-Preise:

Für Laibach:

Ganzjährig	8 fl. 40 fr.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Mit der Post:

Ganzjährig	11 fl. — fr.
Halbjährig	5 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaktion

Bahnbofsgasse Nr. 132.

Expedition und Inseraten-

Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Steinmayer & S. Bamberg).

Inserationspreise:

Für die einseitige Petitzeile 3 R. bei zweimaliger Einschaltung à 5 R. dreimal à 7 R.

Inserationsstempel jedesmal 30 R.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 192.

Mittwoch, 23. August 1871. — Morgen: Bartholomäus.

4. Jahrgang.

Zu Frankreich

stößt die angebahnte Fristerstreckung der Vollmachten Thiers' auf nicht geringe Schwierigkeiten, welche, wenn sie auch nicht unüberwindlich sind, doch den Zustand des von wilden und unversöhnlichen Parteihader zerrissenen Landes offenbaren. Keine von den Parteien, weder die Legitimisten noch die Orleansisten, weder die Bonapartisten noch die Republikaner, am allerwenigsten die Rothen, hat bis jetzt ihre Pläne oder auch nur die Hoffnung aufgegeben, der von ihr beliebten Staatsform einmal den Sieg zu verschaffen.

Frankreich fühlt sich eben mit seiner provisorischen Regierung schwach, ohne Zusammenhang, ohne Kühnheit; es möchte gern das schreckliche Unbekannte, welches wie das Schwert des Damokles über seinem Haupte schwebt, beschwören; es möchte die Frage der künftigen Regierungsform, ohne sie zu erörtern, dadurch lösen, indem es dieselbe in Thiers verlebendigt; aber es hat Mühe, damit vom Fleck zu kommen, und immer mehr offenbart sich seine innere Schwäche und Zerklüftung. Dahin hat es das Gebahren der Männer vom 4. September gebracht; das ist die Folge einer Staatsumwälzung, die nicht im Bewußtsein der Mehrheit des Volkes lag, die Frankreich, nachdem sie es von einer Demüthigung in die andere, von einem Unglück ins andere gestürzt, heute zur schlimmsten aller Demüthigungen und zum größten aller Unglücksfälle verdammt, zur Ohnmacht, wo es sich darum handelt, dem Lande eine endgiltige und dauerhafte Regierungsform zu geben.

Der ursprüngliche Antrag Rivet's auf Verlängerung der Vollmachten Thiers' auf 3 Jahre, der diese Woche in Versailles zur Behandlung gelangen soll, lautet: „Es ist im Interesse der Befestigung der Ordnung und des Wiederauflebens der Geschäfte nothwendig, die Vollmachten Thiers' mit dem Titel eines Präsidenten der französischen Republik auf drei Jahre zu verlängern. Wenn sich die Nationalversammlung vor Ablauf dieser drei Jahre auflösen sollte, so hat Thiers seine Vollmachten der neuen Versammlung zurückzustellen.“ Nachdem dieser Antrag seit ein paar Wochen in den Ausschüssen und Klubversammlungen zu lebhaften Erörterungen Veranlassung gegeben, soll man sich endlich zu folgender Fassung desselben geeinigt haben: „Thiers' Vollmachten sollen mit dem Titel eines Präsidenten der Republik auf zwei Jahre verlängert werden. Die Ministerverantwortlichkeit soll festgesetzt werden, aber Thiers soll fortfahren, an den Parlamentdebatten theilzunehmen.“ Die Nationalversammlung würde nicht auseinandergehen, ohne früher gewisse angeordnete Gesetze votirt zu haben.

Zur Stunde jedoch fehlt es an jeder Bürgschaft dafür, daß die provisorische Gewalt Thiers' auch nur auf so lange erneuert werde, bis die Zahlung der fünf Milliarden an Deutschland und die Räumung Frankreichs erfolgt ist. Die einzelnen Parteien getrauen sich aus dem Grunde nicht offen für die Verlängerung der Thiers'schen Vollmachten auszusprechen, weil dadurch ihren Sondergelüsten ein Kiegel vorgeschoben würde. Die Rechte, oder die Partei der Monarchisten und Legitimisten, gibt sich den Anschein, als werde sie es auf den Rücktritt

von Thiers ankommen lassen, und macht selbst Miene, als suche sie einen Nachfolger für denselben und als habe sie die beste Aussicht, ihn zu finden. Bald wird der Herzog von Aumale, bald der General Changarnier genannt; allein sie fürchten einen Gewaltstreich Gambetta's, der die Republikaner und die Armee unter seinem Banner sammeln würde, wenn sie nicht rasch die Machtbefugniß Thiers' verlängern helfen. Sie befinden sich darum in einem argen Dilemma, das sie schließlich dem Antrage dennoch geneigt machen dürfte. Dagegen erblickt Gambetta und seine Partei der entschiedenen Republikaner die Ursache der gegenwärtigen unerquicklichen Zustände nicht in dem Mangel an Stetigkeit in der ausübenden Gewalt, sondern in der Zusammenetzung der Nationalversammlung. Das einzige Heilmittel der bedrückten Lage sei die Auflösung der gegenwärtigen und die Erneuerung einer konstituierenden Versammlung.

Aus alledem ersieht man, daß die Spannung der Parteien, weit entfernt, durch Rivet's Antrag gelöst zu werden, vielmehr fortdauern und womöglich gesteigert werden wird, daß es, wenn es gut geht, höchstens zu einem Kompromiß kommen wird, der nach beiden Seiten hin Zugeständnisse macht und einige Opfer verlangt, daß die augenblickliche Krisis hinausgeschoben wird, um einer anderen die Bahn frei zu machen. Diese Krisis wird der Gesetzesentwurf über die Rekrutierung herbeiführen; denn dieser enthält außer der obligatorischen Wehrpflicht für jeden Franzosen auch die Auflösung der Nationalgarde trotz des entschiedenen Widerspruches, den Thiers in den Ausschußberatungen gegen diese

Heuilleton.

Die geistige Entwicklungsfähigkeit der Neger.

Es macht uns immer Vergnügen, wenn wir durch faktische Belege die Behauptungen der alten Verteidiger der Sklaverei bezüglich der geistigen Befähigung der Negerrasse widerlegen können, die bekanntlich dahin gingen, daß der südliche Sklave im Durchschnitte aller Kapazität für irgend höheren Unterricht entbehre.

Glänzend widerlegt werden diese Behauptungen wieder einmal durch einen uns vorliegenden Bericht der Visitatoren der Atlanta Universität im Staate Georgia in Nordamerika, worin dieselben das Resultat der vor kurzem abgehaltenen Prüfungen der Schüler der Anstalt berichten. Der Bericht ist offizieller Natur und an den Governor des Staates gerichtet.

Die Atlanta Universität ward im Jahre 1867 inkorporirt und ist erst seit zwei Jahren im Gang. Sie wurde gegründet als eine höhere Lehranstalt, um den Negern Gelegenheit zu geben, sich weiter auszubilden. In dem Berichte der Visitatoren nun heißt es:

„Bei jedem Schritt der Prüfung überzeugten wir uns von dem Irrthümlichen der populären Idee

(welche mit tausend Anderen die Majorität der Unterzeichner hegte): daß die afrikanische Rasse eines höheren Bildungsgrades nicht fähig sei. Die strengen Prüfungen in Algebra, Geometrie, im Lateinischen und Griechischen, welchen die Schüler sich unterziehen mußten, haben unstreitbar bewiesen, daß unter passender Leitung und angestrebtem Studium es viele Mitglieder der afrikanischen Rasse gibt, die einen sehr hohen Grad von Bildung zu erlangen im Stande sind. Sie haben gezeigt, daß sie verwickelte Aufgaben der Mathematik zu lösen im Stande sind und volles Verständniß schwieriger Stellen in den Klassikern haben.

Viele Schüler bekundeten einen Grad geistiger Kultur, der, besonders wenn wir auf die kurze Spanne Zeit sehen, irgend einer Rasse zur Ehre gereichen würde.

Die Visitatoren empfehlen in ihrem Bericht die Anstalt der sorgfältigen Pflege des Staates.

Auch in der südlichen Presse bricht nach und nach dieselbe Ansicht durch. So sagt die Atlanta „New Era“:

„Während wir eifrig die Wichtigkeit seiner geistigen und moralischen Erziehung, und die Anerkennung seiner bürgerlichen und politischen Rechte befürworteten . . . glaubten wir nichts desto weniger fest, daß der Neger eines höheren Grades geistiger Kultur vollständig unfähig sei. Aber in den letzten Tagen sind wir genöthigt gewesen, diese An-

sicht zu modifiziren, wenn nicht in der That ganz aufzugeben. Wir haben Repräsentanten der Negerrasse — nicht allein Mulatten, sondern Leute von reinem afrikanischen Blut — die schwierigsten Stellen im Virgil und Homer lesen, korrekt übersezen und genau analysiren gehört.“

„Wir waren jedoch, fährt das genannte Blatt fort, immer noch der Ansicht, daß in der höheren Mathematik, in der das Denkvermögen mehr angestrengt wird und das Gedächtniß weniger in's Spiel kommt, diese jungen Leute ihre geistige Inferiorität zeigen würden. Aber da täuschten wir uns sehr. Ihre raschen und korrekten Antworten aller Nebenfragen, ihre Zitate der Autoritäten für jede weitere Schlußfolgerung, ihre genaue Analyse der Propositionen und das Angeben der Gründe für alles, was sie während des ganzen Demonstrationsprozesses thaten, überzeugte alle Anwesenden, daß das höhere Denkvermögen hier thätig war. Das Gedächtniß allein kann den Schüler nie gegen ein scharfes Kreuz-Examen in mathematischen Problemen festmachen.“ Und so weiter.

Es steht also unumstößlich fest, daß der Neger denken kann, und daß er einer höheren geistigen Entwicklung fähig ist; — eine Thatsache, die gewiß den alten Verteidigern der Sklaverei aus Inferioritätsgründen willkommen sein muß, da nach ihrem Sinne die Abschaffung der Sklaverei dadurch gerechtfertigt wird.

zwei Punkte erhoben hatte und trotz der Abneigung, die gerade gegen diese zwei Bestimmungen im Lande herrscht. An Konflikten, noch erschwert durch eine neue Kabinettsfrage, wird es also in nächster Zeit in Frankreich nicht fehlen.

Deutschland würde an diesem Ringen der Parteien um die Herrschaft in Frankreich nicht so großes Interesse nehmen, würden nicht durch eine neue Umwälzung bei dem unberechenbaren Charakter des Volkes alle Früchte des Sieges in Frage gestellt. Zwar das Wuthgeheul der Parteien nach Rache an Deutschland für die erlittene Schmach würde Bismarck wenig anfechten, träte nicht gleichzeitig die offene Absicht zu Tage, an den Festsetzungen des Frankfurter Friedens zu rütteln und den deutschen Truppen den Aufenthalt in Frankreich durch Ueberfälle und allerhand Verhörungen der Bewohner gegen dieselben zu verleiden. Daß der deutsche Reichskanzler das gefährliche der Lage vollkommen erfährt, beweist der Umstand, daß er allseitig Vorkehrungen trifft, um zu verhindern, daß Frankreich irgendwo Unterstützung seiner abenteuerlichen Pläne finde.

Politische Rundschau.

Kaibach, 23. August.

Inland. Graf Hohenwart versammelt nunmehr seine allzeit Getreuen vom Reichsrath her um sich, aus Tirol Giovanelli und den Domherrn Rapp, aus der Bukowina Petrino, aus Borarlberg Delz, aus Krain selbstverständlich die Doktoren Costa und Bleimeis, aus dem Küstenlande Morpurgo, Cerne, Vidulich, aus Dalmatien Klaič. Welche Bedeutung die Besprechungen seiner Excellenz mit diesen Herren (beiläufig gesagt mit Ausnahme des Herrn Vidulich der Ausbund der Reaktionäre und Verfassungsfeinde) beanspruchen, wissen wir natürlich nicht. Doch das eine ist gewiß, Vertrauensmänner der österreichischen Völker sind diese Herren gewiß nicht, wenn sie auch noch so sehr Ursache haben mögen, dem Grafen Hohenwart ihr Vertrauen entgegen zu tragen.

In Wien speziell konzentriert sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Gemeinderathssitzung, in welcher die Hohenwart'sche Wahlrechts-Erweiterungsordre zur Behandlung gelangt.

Wie gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung die feudal-ultramontane Partei des Herrenhauses durch einen ausgiebigen **Pa r i s s u b** zu verstärken und damit auch das Herrenhaus für die geplante föderalistisch-reaktionäre Umgestaltung der Verfassung zu präpariren. Die neue Schublöche soll bereits vorbereitet sein und außer einigen feudalen Kavalieren auch eine größere Anzahl hochgestellter Beamten und mehrere bisherige Abgeordnete, die sich speziell in der abgelaufenen Saison durch ultramontan-czechische Gesinnung ausgezeichnet haben, enthalten. Vielleicht wird sich Herr Schäffle auf diesem Wege den Eintritt in eine parlamentarische Versammlung verschaffen, auf dem normalen wäre es ohnedies nicht möglich. Vielleicht auch, daß der lustige Schwefelhölzchen-Koß in's Herrenhaus berufen wird, um neben Unger, Hasner und Auerberg politische Weisheit zu pflegen. Von diesem Ministerium ist alles zu erwarten.

Es wurde neuestens in Prager Blättern viel über die „innige Solidarität“ erzählt, die zwischen den **S ü b s l a v e n** und den **C z e c h e n** bestehe. Wie „innig“ diese Solidarität ist, beweist am besten ein „Politik ohne Weisheit“ überschriebener Artikel der „**Narodne Novine**“, worin dieselbe eine ernste Mahnung an die Czechen richtet, „die noch nicht über dem Graben sind und schon im höchsten Tone sprechen.“ „Ihr Verhalten — schreibt das genannte Agramer Blatt — als das einer Partei, die an der Spitze der slavischen Opposition in Oesterreich-Ungarn zu stehen glaubt, hat selbst bei denen böses Blut gemacht, die nicht zu den Schmeichlern der (ungarischen) Regierung gehören. Die Czechen können ihre staatsrechtlichen Forderungen nur dann durchsetzen, wenn sie einerseits die Deutschen nicht zur

verzweifelten Opposition treiben, andererseits aber die durch den 1867er Ausgleich garantierte Selbständigkeit Ungarns respektiren. Es ist mehr als komisch, wenn die Czechen meinen, daß sie auf das Verhältniß der Länder der ungarischen Krone zu Oesterreich influiren können. Vor zehn Jahren hätte vielleicht die Monarchie auf einheitlich-föderativer Basis organisiert und regenerirt werden können; heute aber ist das schon unmöglich. Man darf mit Sicherheit behaupten: Ungarn trennt sich heute lieber von Oesterreich, als daß es seine staatsrechtliche Selbständigkeit dem österreichisch-czechischen Föderalismus hinopfern.“

Aus **G a s t e i n** erhält die „**Pr.**“ eine interessante Mittheilung über die Ergebnisse der Kaiserzusammenkunft. Es heißt darin, das Programm über die Politik Oesterreich-Ungarns, welches Graf Beust vor der Delegation entwickelt hat, und welches nicht das Produkt einer momentanen Strömung, vielmehr ein feierlicher, vom Kaiser sanktionirter Beschluß ist, sei in Berlin als ein solcher anerkannt worden, welcher zur Grundlage nicht nur freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Reichen, sondern auch einer Verbindung zwischen denselben sich als vollkommen geeignet erweise. Es ist hiebei selbstverständlich schon vorausgesetzt, daß die politischen Interessen beider Reiche auf keinem wesentlichen Punkte mit einander in Widerspruch stehen, daß vielmehr zur Förderung dieser Interessen eine sich auf der gleichen Linie bewegende Aktion nur erspriesslich sein würde. Konkreter ausgedrückt: genau die nämlichen Interessen, zu deren Wahrnehmung und Förderung der deutsche Bund gegründet worden war, können gesichert werden durch den **B u n d** der beiden mächtigsten Reiche Mitteleuropas und dieser Bund entspricht, unter den veränderten Verhältnissen in Deutschland und auch im österreichischen Kaiserstaate, seinen Zwecken weit besser als der frühere, welsch letzterer in seiner Wirksamkeit durch die Rivalität zweier Großmächte in Deutschland gelähmt wurde. Man könnte sagen, daß nunmehr das einstige Ideal der deutschen Patrioten, das Siebzig-Millionen-Reich nämlich, verwirklicht ist, oder daß dessen Verwirklichung kein ernsthaftes Hinderniß mehr im Wege steht. Dieser Bund hat zur Voraussetzung, daß fortan keine der beiden befreundeten Mächte in irgend einer wichtigen Frage ohne vorgängige Rücksprache mit der andern handeln wird.

Ausland. Aus **M ü n c h e n**, 21. August, wird gemeldet: Gemäß einer allerhöchsten Entschlie-ßung vdo. **B e r g**, 21. August, ist das neue Ministerium folgendermaßen gebildet: Das Staatsministerium des königlichen Hauses und des Außern nebst dem Vorsitz im Ministerrath Graf Hegenberg-Dux; Finanzministerium Pfrecksner; Kriegsministerium Prankh; Kultusministerium Lutz; Ministerium des Innern Pfeuffer; Justizministerium Dr. Fäustle. Die provisorische Leitung des Handelsministeriums ist bis zu dessen sofort in Angriff zu nehmender Reorganisation dem Staatsrath Schubert übertragen.

Die „Spener'sche Zeitung“, ein Blatt, welches bekanntlich für die Lieblingslektüre des deutschen Kaisers gilt, bringt aus Anlaß der Gasteiner Konferenzen einen Artikel über das Verhältniß Preußens zu Oesterreich, der in folgenden Ausführungen gipfelt: „Die guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarreichen, welche in diesen Tagen eine neue Bürgschaft erlangt haben, wirken durch ihr eigenes Schwergewicht. Sie sind nach keiner Seite hin drohend oder feindselig, sie führen aber allen europäischen Mächten den Beweis, daß Deutschland wie Oesterreich gesonnen sind, einen kurzen Kampf, der sie das richtigere Verhältniß zu einander finden ließ, nur als eine Episode gelten zu lassen und daß sie, neu konstituirte, sich wieder auf die ältere und jahrhundertjährige historische Basis stellen, wornach sie, eng vereint, die Hauptstütze des europäischen Gleichgewichts waren. Und heute können sie das mehr als früher, weil sie nach Ausscheidung der

Veranlassungen der Rivalität unter sich, jedes aus eigenen Kräften mehr und mehr erstarkt.“

Ueber die Ausführung des vom deutschen Reichstage beschlossenen **D o t a t i o n s g e s e z e s** erfährt man nun, daß sich unter den dotirten keine prinzipialen Militärs befinden. Der König von Sachsen sprach sich nämlich gegen die Dotirung des sächsischen Kronprinzen aus und die Folge davon war, daß auch die in der Reichstagskommission dringend befürwortete Dotirung des Prinzen Friedrich Karl aufgegeben wurde.

Aus **Pa r i s**, 17. d. M., wird geschrieben: Der Ministerrath versammelte sich heute Morgens um 8 Uhr unter dem Vorsitze des Herrn Thiers. Wie es scheint, kam die Haltung, welche die Regierung bei der Berathung des Antrages der Verleugung der Thiers'schen Amtsgewalt beobachten will, nochmals zur Sprache. Außer de Parcy, de Cisseh (Krieg), Potuau (Marine) und Dufaure sollen jetzt auch Pouyer-Quertier, Lambrecht und Remusat gegen den Antrag sein. Letztere drei, die sehr gut mit Thiers stehen, machen natürlich nur freundschaftliche Vorstellungen. Viktor Lefranc und Jules Simon, beide Republikaner, stehen auf Seite des Herrn Thiers. — Der offiziöse „**Moniteur**“ enthält folgende geheimnißvolle Mittheilung: „Die Verhandlungen, welche gegenwärtig zwischen Deutschland und Frankreich stattfinden, betreffen viel wichtigere Fragen, als die Räumung der an Paris grenzenden Departements. In einigen Tagen hoffen wir ohne Nachtheil sagen zu können, um was es sich handelte; jede Veröffentlichung dieser Art würde heute Nachtheile haben, die zu vermeiden unsere Pflicht ist.“ Hinzuzufügen ist, daß Herr Pouyer-Quertier, der französische Finanzminister, in dieser Angelegenheit nach Gastein zum Fürsten Bismarck gereist sein soll.

Das „**Journal des Debats**“ sieht durchaus nichts verhängliches darin, wenn Herrn Thiers der Titel eines Präsidenten der Republik verliehen werden würde; es sei niemand würdiger als er, dieser Auszeichnung theilhaft zu werden, aber illusorisch sei es, sowohl die Dauer seiner Präsidentschaft, als jene der Nationalversammlung auf einen gewissen Zeitpunkt fixiren zu wollen; dies hieße über etwas verfügen, das niemandem gehört. Die Versammlung kann seine Präsidentschaft auf 25 Jahre festsetzen, aber ihm nicht Gesundheit und Leben auf diesen Zeitraum verleihen; kein Vizepräsident könnte die Erbschaft des Herrn Thiers antreten, weil die dem letzteren unter außerordentlichen Umständen verliehene Gewalt nur **ad personam** und nicht für eine bleibende Institution verliehen worden ist. Die Nationalversammlung ihrerseits ist souverän und steht außerhalb jeder Konstitution, vor allem weiß wir keine haben, sie kann durch ihren eigenen Willen oder durch Gewalt aufgelöst werden und es liegt daher gar kein Grund vor, warum sie ihre Todesstunde im voraus fixiren sollte. Ihre Dauer hängt von der Erfüllung ihrer Mission ab, d. h. der definitiven Ausführung des Friedensvertrages und von der vollständigen Räumung des französischen Gebietes seitens der feindlichen Truppen. Diesen Zeitpunkt zu bestimmen, liegt nicht in ihrer Macht. Es wäre besser zu dekretiren, daß sie so lange tagen werde, als sie Nutzen stiften kann und sich auflösen werde, wenn sie zu nichts mehr tauglich sein wird.

Italien hat seit kurzem eine **M i n i s t e r k r i s i s**. Der Marineminister (Acton) hat in Folge eines Zerwürfnisses mit dem Finanzminister seine Entlassung eingereicht; doch ist dieselbe noch nicht vom Könige angenommen worden. Der Hauptstreit zwischen dem Minister der Marine und dem der Finanzen (Sella) bezog sich auf die Küstenverteidigung und namentlich auf die Befestigung des Kriegshafens von Spezia. Acton hält mit mehreren Fachgenossen dafür, daß der Eingang zu diesem wichtigsten aller italienischen Häfen durch einen gut armirten Damm zu schützen sei, während Herr Sella bei dem Gedanken an die zur Ausführung desselben erforderlichen Kosten sich die Haare sträub-

ten. Auch bezüglich der Befestigung Roms sind die Meinungen sehr verschieden. Jedoch legt man Minister Ricotti den festen Entschluß bei, aus der definitiven Kapitale eine starke Festung zu machen und im nächsten Frühlinge mit den bezüglichen Arbeiten, einer bastionirten Umwallung und vorgeschobener Forts, zu beginnen. Die in den Vatikan einlaufenden, natürlich nur von der klerikalen und legitimistischen Anschauungsweise erfüllten Berichte versichern nämlich, Graf Choiseul werde nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren, sondern Frankreich durch einen einfachen Geschäftsträger bei Viktor Emanuel vertreten werden. Mittlerweile würden dann die vom französischen Episkopat verlangten diplomatischen Unterhandlungen beginnen, die schließlich der Hoffnung der legitimistischen Partei, im nächsten Frühlinge in eine kriegerische Promenade über die Alpen auslaufen würden.

Die sozialistische Bewegung ist in Spanien tiefergehend und mehr verbreitet, als in anderen europäischen Ländern, und es tritt die „Internationale“, in der sich diese Strömung zu meist konzentriert, dort offener auf als anderwärts. Der Bundesrath der spanischen Section dieser Gesellschaft hat soeben an den Staatsminister unter der Form einer von ihrem Sekretär Francisco Maria unterzeichneten Petition einen langen Brief gerichtet, in der sie ihre Zwecke darlegt und die Erklärung abgibt, daß sie dem Prinzip der Autorität feindlich gesinnt, ja hauptsächlich zu dessen Bekämpfung gegründet sei. Das Schreiben beklagt sich bitter über die Verfolgung und Verleumdung, der die „Internationale“ in Spanien ausgesetzt sei, und es erinnert Zorilla daran, daß er das Prinzip der Prävention verworfen und lediglich das System nachträglicher Repression proklamirt habe. Die „Internationale“ wünsche die Ordnung, aber nicht die von einer privilegierten Klasse ostrojierte. Das Schreiben endet mit dem Satz: „Die Regierung glaubt, daß wir das Gesetz brächen. Wenn sie meint, das Recht zu unserer Verfolgung zu haben, möge sie es offen sagen und uns außerhalb des Gesetzes erklären. Wenn nicht, so achte sie das Bürgerrecht einer freien Nation und verschaffe demselben allerwärts öffentliche und vollständige Achtung.“

Die Lage in Albanien hat sich äußerlich wenigstens gebessert. Der Generalgouverneur erhielt bei 10,000 Mann (14 Bataillone) Verstärkung, und so hat er die Querköpfe zur Besinnung rufen können. Die Leute gehen in Skutari wieder der Arbeit nach, und die „politische Frage“ kam in Hintergrund zu stehen. Freilich trägt noch jedermann die Waffen bei sich, aber was hilft die böse Miene wenn die Macht fehlt? Die Stämme Albanien werden vorläufig ruhig bleiben, bis vielleicht eine günstige Konstellation ihnen zu Hilfe kommt. In dessen arbeitet die Propaganda auf Erzielung eines engen Zusammengehens aller Konfessionen in Bosnien, der Herzegovina wie Albanien. Die zu diesem Zweck gebildeten Komitees arbeiten eifrig und gewinnen immer mehr an Boden, und diese Thatsache dürfte für das Schicksal der Türkei von verhängnisvoller Wirkung werden. — Aus Montenegro wird gemeldet, daß der russische Einfluß richtig durchdrang, und daher die von Cattaro bis Njeka projektierte Straße nicht zur Ausführung gelangen wird. In diesem Sinne wird nächstens ein Schriftstück an das Wiener Kabinet abgehen, und es wird sich zeigen, ob Graf Beust diesen Vertragsbruch ruhig hinzunehmen geneigt ist. — Luka Bukalowitz richtete abermals ein Schreiben an seine Landsleute, sie ermahnen, den Bund mit allen Religionsgenossen einzugehen, der dem Volke die Rettung bringen kann. Dabei rath er von einer vorzeitigen Erhebung ab — „weil Rußland solche nicht wünsche.“ Sonst ist das Schreiben ohne Interesse.

Zur Tagesgeschichte.

— Man erzählt sich in Graz, der Landeskommandirende Baron John soll es sehr übel ver-

merkt haben, daß am 18. August zur Feier des a. h. Geburtstages, mit Ausnahme des unglücklichen FML. Benedek, keiner der dort domizilirenden Legion pensionirter Generale und Stabsoffiziere erschienen war. Es heißt, Se. Exzellenz soll eine Art Verweisschreiben an die Betreffenden haben ergehen lassen. Man weiß nicht, was wahres an der Sache. Aber selbst als wahr angenommen, begreife man den Zorn John's nicht. Die Pensionäre in Graz theilen sich in zwei an Zahl völlig ungleiche Gruppen: in Invaliden und solche, die die Last der Jahre, nach in Ehren vollbrachtem Dienst, in Pension zu gehen zwang; dann in andere, welche der Staat rechtzeitig zur Ruhe gehen ließ, damit ihre Weisheit nicht ihn selbst — vollständig invalid und dienstuntauglich mache. Greife und Invaliden taugen natürlich nicht zur Parade. Die anderen — nun mit diesen ist doch wohl wenig Parade zu machen! Schon zu viel, daß sie am letzten des Monats alle bei der Pensionsfondskasse — paradiren!

— Jener in Wien wohlbekannte Gastogner Duc de Gramont, dessen Abberufung vom hiesigen Votischerposten und Ernennung zum Minister des Aeußern von Frankreich das Vorzeichen des Krieges war, soll sich nach der „Opinion Nationale“ von der ihn erdrückenden Verantwortlichkeit dadurch freimachen wollen, daß er in London, wo er sich aufhält, zu verbreiten sucht, daß, wenn am 4. September die Dynastie der Napoleons nicht vertrieben worden wäre, Oesterreich und Italien am 10. September den Degen für Frankreich gezogen hätten. Beide Mächte hätten alles vorbereitet gehabt. Oesterreich würde sich über Baiern hergestürzt haben, um die Preußen zum Rückzuge zu zwingen, und Italien würde die Alpen überschritten haben, um Frankreich in seinem Kampfe zu unterstützen. — Derlei kann allenfalls in Frankreich, aber sonst wohl nirgends in der Welt Glauben finden.

Dr. Michelis in Preßburg. Zufolge einer an ihn ergangenen Einladung traf Professor Dr. Michelis letzten Donnerstag in Preßburg ein und hielt am 19. d. M. vor einem zahlreichen Publikum seinen Vortrag gegen die Infallibilität. Nach einer kurzen Einleitung, in der Dr. Michelis seiner Freude Ausdruck verlieh, auch in Preßburg, als dem Bindeglied zwischen Deutschland und Ungarn, einen seiner Wandervorträge halten zu können, ging er sofort auf den Kern des Themas über. Er verwahrt sich vor allem vor dem Vorwurfe der Gewinnsucht und der Popularitäts-Hascherei, als Katholik und Priester fühle er sich verpflichtet, Front zu machen gegen ein Scheindogma, das die größte aller Häresen sei. Der Redner bewies sodann die Unmöglichkeit des neuen Dogmas durch das Fehlen der drei bekannten Merkmale eines Dogmas: 1. fehle ihm die Basis in Aussprüchen der heiligen Schrift; 2. fehle ihm das Zeugniß der Tradition; 3. fehle die rechtliche Definition und Berathung, sowie die einhellige Annahme durch ein allgemeines Konzil. Ein interessanter Punkt der Rede war die Darstellung des Standpunktes des Redners zur Scholastik des Mittelalters, aus welcher die Jesuiten die Hauptmomente für den Bau des neuen Dogmas zu schöpfen wähen. Ueber eine Stunde hatte der Vortrag gedauert; zum Schluß brachte enthusiastischer Beifall los. Nach Mitternacht wurde der Wanderredner unter Fackelschein nach seiner Wohnung geleitet.

— Den unzähligen Nuidproquos, mit denen die französische Presse das Ausland amüßirt und die ihre Entstehung der Unfähigkeit und dummdreisten Ignoranz der zivilisatorischen Skribenten verdanken, ist wieder ein nettes Stückchen beizufügen. Von Herrn Blanchard, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, befindet sich in dem Hefte der „Revue des deux Mondes“ vom 15. Oktober 1870, das wegen der Belagerung sehr verspätet angelangt ist, eine Abhandlung über die in der historischen Zeit ausgestorbenen Thiere. Da erzählt das Mitglied der Akademie der Wissenschaften (S. 680), daß der Auerochse außer in Littauen auch noch in Kaukasus, und zwar, wie sein Gewährsmann, Professor Brand in Petersburg, berichtet, in einer localité, du nom „Rudeln“ vorkomme. Der Akademiker war jedenfalls in Verlegenheit, denn es

war ja nicht angegeben, ob „Rudeln“ eine Stadt, ein Dorf, ein Gebirge oder was sonst sei. Darum machte er es kurzweg zur „Localität.“

— Pfahlbauten. Dieser Tage wurde in Heimenlachen bei Berg, im thurgauischen Bezirk Weinfelden, in dem dortigen Torfmoore nebst mehreren Topfscherben und Steinbeilen ein vollständiges Geweih eines Elenthieres ausgegraben. Die Schaafeln desselben haben 19 Enden und die Spannweite ist über 4 Fuß; das Geweih selbst befindet sich an dem theilweise gut erhaltenen Kopfe, wo nur der Oberkiefer fehlt. Dem sorgfältigen Ausgraben der Besitzer der Fundstelle, Gebrüder Altwegg in Kehlhof, ist es zu verdanken, daß das Geweih ziemlich unbeschädigt ans Tageslicht befördert wurde und zugleich anerkennenswerth, daß dieselben auf Anregung eines Mitgliedes des thurgauischen historischen Vereins in Weinfelden demselben das Geweih gegen Entschädigung überlassen haben. Dieser Fund bestätigt die ehemalige Existenz einer Pfahlbaute bei Heimenlachen vor mehr als 2000 Jahren umso mehr, als schon vor einigen Jahren ein ähnliches kleineres Geweih gefunden wurde, sowie daß alle Jahre Werkzeuge aus Stein nebst dreikantigen Pfählen daselbst ausgegraben werden.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

Local-Chronik.

— (Klerikaler Uebermuth.) Wie man uns aus Stein berichtet, können die Herren in Tonsur und Kutte kaum erwarten, bis die neue Aera sie in die so sehnlichst verlangten konföderativen Privilegien wieder einsetzt. Einstweilen nehmen sie in vorweg die alten Vorrechte der Maßregelung und Bevormundung des Volkes in Anspruch. So kam unlängst der unsern Lesern satfam bekannte Pater Kapistran in ein geachtetes Bürgerhaus und traf die Hausfrau beim Lesen von Hackländers illustrierter Zeitschrift „Ueber Land und Meer.“ Entrüstet fuhr der Zelot die arme Frau, die sich alles eher als einer solchen Beeinträchtigung ihres Haus- und Familienrechtes verschah, mit den Worten an: „Warum lesen sie das?“ Auf die schlichterne Entgegnung der erschrockenen Frau, sie habe geglaubt, es sei nichts Sündhaftes daran, erging sich der genannte Seelenhirt in seiner unflätigen Sprache in den niedrigsten Schmähungen aller deutschen Literaturzeugnisse und das Ende vom Liede war, daß nichts derartiges über die Schwelle eines christlichen Hauses kommen dürfe. Der Gatte der so geängstigten Frau, selbst Slovener von Gestattung, erzählte den Vorfall öffentlich im Gast- und Kaffeehause und allgemein ist die Entrüstung über die Frechheit des Pfaffen, der sich untersteht, in die heiligen Rechte der Familie einzugreifen und ein weltbekanntes und allgemein gelesenes Familienjournal mit seinem Banne zu belegen. Doch das ist nur ein kleines Vorspiel dessen, was da kommen wird. Wie wir unsere Pappenhäuser kennen, so hat das Volk, das diesen fanatischen Finsterlingen den Zutritt in das Familienheiligtum gestattet, noch ganz anderes zu gewärtigen. In Stein lebt auch ein Hochwürdiger, den die Vorbeeren, die Pater Kapistran auf dem Felde christlicher Besitzung und Nächstenliebe bereits errungen, offenbar nicht schlafen lassen, der es ihm demnach wo möglich zuvorzuthun bestrebt ist. Neulich kam der Organist, beiläufig gesagt ein harmloser Mann, den der Herr Dechant selbst als geisteschwach erklärt, zu diesem ins Haus, um sich seinen Antheil an einer Stolgegebühr auszubitten. Noch im Vorhause befindlich, war der Arme eben im Begriffe, sich der Zigarre zu entledigen, um beim Herrn Dechant vorzusprechen. Doch im selben Moment wollte das Unglück, daß der geistliche Herr sich vor ihm hinpflanzte und ihm mit nichts dir nichts mit einem Schläge seiner geweihten Hand die Zigarre aus dem Munde schleuderte. Der Arme stotterte Entschuldigungen, doch unter den größten Schimpf- und Scheltworten wiederholt der Priester des Herrn seine Faustschläge ins Gesicht des Organisten, so daß ihm das Blut zu Mund und Nase herausspritzt. Wir enthalten uns natürlich jedweden Kommentars zu solch' Mustern echt christlicher Milde; tröstete doch der Kaplan den Geschlagenen mit